

Vorteile der EU-Erweiterung für die Schweizer Wirtschaft

Die Bedeutung der Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens

Rudolf Ramsauer und Gregor Kündig

Die Schweiz hat sich für den bilateralen Weg mit der EU entschieden. Aus Sicht der Wirtschaft gibt es hierzu in absehbarer Zeit keine Alternative. Die Anpassung der bestehenden bilateralen Abkommen an die Erweiterung der EU um zehn weitere Staaten ist die logische Konsequenz dieses Wegs. Es ist illusorisch zu glauben, die EU wollte – oder könnte – den Binnenmarkt aufspalten in einen Teil, in dem die bilateralen Verträge mit der Schweiz gelten, und einen anderen, in dem andere Regeln im Verhältnis zu einem Drittland wie der Schweiz bestehen. Die Homogenität des Binnenmarktes und des erreichten „Acquis“ ist für die Europäische Union konstitutiv und nicht negoziabel. Für die Schweizer Wirtschaft ist der diskriminierungsfreie Zugang zu diesem Binnenmarkt, der am 1. Mai 2004 um mehr als 70 Millionen Personen wachsen wird, von existentieller Bedeutung.

In diesem Zusammenhang geht es allerdings nicht allein um die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen Mitgliedstaaten. Dieses Anliegen ist mit zwei weiteren integrationspolitischen Fragen verknüpft: Zum einen stünde wegen der so genannten „Guillotine Klausel“ das gesamte Paket der bilateralen Abkommen zur Disposition. Womit sich die Frage stellt: Was sind diese Verträge aus Sicht der Wirtschaft wert? Zum anderen wird es ohne Ausweitung der Personenfreizügigkeit auch keine Ausweitung der sechs anderen bilateralen Abkommen geben. Damit stellt sich die Frage: Wie wichtig ist für die Schweizer Wirtschaft die Ausdehnung der bestehenden Abkommen auf die mittel- und osteuropäischen Länder der EU?

Positive Erfahrungen mit den bilateralen Verträgen

Eine Antwort auf die erste Frage gibt eine branchenmässig breit angelegte Umfrage zur wirtschaftlichen Relevanz der sieben sektoriellen Abkommen, die economisesuisse kürzlich bei seinen Mitgliedern durchgeführt hat. Ein Jahr nach Inkrafttreten lassen sich zwar noch keine abschliessenden Aussagen machen, die vorläufige Bilanz ist aber eindeutig positiv: Praktisch alle Befragten stufen die Gesamtheit der sieben sektoriellen Abkommen für ihre Branchen als wichtig ein. Sie werden als „unentbehrlich“ und „unumgänglich“ beschrieben. Denn dank ihnen können Schweizer Firmen ihrer ausländischen Konkurrenz mit gleich langen Spiessen Paroli bieten.

Personenfreizügigkeit von grösster Bedeutung

In der Einzelbewertung der sieben Abkommen ist das Personenfreizügigkeitsabkommen das wichtigste. Es gehört wohl zur Ironie der Geschichte, dass der Einbezug dieses Dossiers in die Verhandlungen von der EU gefordert werden musste und nicht von der Schweiz eingebracht worden war. Ein besonderer Stellenwert kommt offensichtlich auch dem Abkommen über den Abbau der technischen Handelshemmnisse zu. Die Abkommen über das Öffentliche Beschaffungswesen und über die Forschungszusammenarbeit folgen in dritter Priorität, da sie von Teilen der Wirtschaft als weniger nützlich betrachtet werden. Die Verkehrsabkommen (Landverkehr und Luftverkehr) sowie das Agrarabkommen rangieren an letzter Stelle, da sie für viele Unternehmen keine direkte Relevanz haben. Gesamtwirtschaftlich spielen sie aber eine ebenso wichtige Rolle, wie die anderen Verträge.

Die Antworten zum Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und den EU-Mitgliedstaaten zeigen deutlich, dass die Neuregelung eine wesentlich flexiblere Gestaltung der Arbeitseinsätze ermöglicht. Heute schon haben zahlreiche Schweizer Unternehmen diese Erleichterung wahrgenommen und schätzen gelernt. Dies zeigt sich in den Antworten auf die Frage, was passieren würde, wenn das Personenfreizügigkeitsabkommen wegfallen würde: Die befragten Unternehmen sind sich einig, dass die Rekrutierung von Fachpersonal dann erschwert würde. Ferner kann festgestellt werden, dass schweizerische Firmen in EU-Mitgliedstaaten jetzt tatsächlich gleichgestellt sind zu ihren Konkurrenten aus dem EU-/EWR-Raum.

Wirtschaftspartner mit Zukunftspotenzial

Für die Beantwortung der Frage, ob die Ausdehnung der sieben sektoriellen Abkommen für die Schweizer Wirtschaft von Bedeutung sind, muss zweifelsohne festgehalten werden, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten interessante wachsende Märkte und Wirtschaftspartner mit Zukunftspotential sind. So erweist sich Mittel- und Osteuropa bereits heute als sehr dynamische Region für den Schweizer Aussenhandel und das, obwohl die Schweizer Wirtschaft hier längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat. In deutschen und österreichischen Wirtschaftskreisen werden die Handels- und Investitionschancen im mittelosteuropäischen Raum denn auch höher eingeschätzt als dies hierzulande im Allgemeinen der Fall ist.

Die Ausweitung der bilateralen Verträge auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten wird eine weitere Liberalisierung über die bestehenden EFTA-Freihandelsabkommen hinausbringen und vor allem eine Verbesserung der Rechtssicherheit bewirken. Für unsere Unternehmen bedeutet das optimierte und bessere Chancen zur Schaffung von wettbewerbsfähigen Wertschöpfungsketten.

Positive Effekte nutzen

Wichtige Kreise der Exportindustrie kommen mit Blick auf die Ausweitung der heutigen bilateralen Abkommen zu folgender Beurteilung:

- > Technische Handelshemmnisse: Die Einbindung der neuen Mitgliedstaaten in die EU bringt grosse Erleichterungen, da abweichende und komplizierte nationale Regelungen durch die

- > technischen Vorschriften der EU ersetzt werden. In der Phase bis 2004 herrscht teilweise eine unklare Lage, weil einzelne Länder mit der EU Übergangsregelungen getroffen haben, die für Schweizer Lieferungen keine Gültigkeit haben.
- > Öffentliches Beschaffungswesen: Die Erweiterung der EU lässt in den entsprechenden Ländern wertmässige Hürden wegfallen, bringt aber auch neuen Konkurrenzdruck für die schweizerische Binnenwirtschaft. Für die Schweizer Industrie ist dieser Bereich wegen der zu erwartenden (und zum Teil von der EU mitfinanzierten) Infrastrukturausbauten in den neuen Mitgliedstaaten interessant.
- > Personenfreizügigkeit: Der freie Personenverkehr wird unmittelbar vor allem den firmeninternen Austausch von Beschäftigten oder den Einsatz von Montage- und Servicepersonal erleichtern. Für die der Schweizer Wirtschaft geht es nicht um die Anstellung von Billigarbeitskräften. Mittel- bis längerfristig eröffnet die Erweiterung vielmehr Möglichkeiten bei der Rekrutierung von gut qualifizierten Fachkräften, da sich der gesamteuropäische Pool an Rekrutierungsmöglichkeiten tendenziell eher verkleinert und die Bevölkerung der mittel- und osteuropäischen Länder über ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau verfügt. Darüber hinaus bietet die Personenfreizügigkeit im „Europa der 25“ Erleichterungen im konzerninternen Transfer von Arbeitskräften sowie einen vereinfachten Zugang zu den Arbeitsmärkten in den aufstrebenden neuen EU-Mitgliedstaaten für Schweizerinnen und Schweizer.

Keine zusätzlichen Regulierungen

Die Wirtschaft hat ein Interesse an der Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommen. *economiesuisse* und der Schweizerische Arbeitgeberverband sind aber nicht bereit, dafür Konzessionen im Sinne einer weiteren Regulierung des schweizerischen Arbeitsmarktes zu machen. Die so genannten flankierenden Massnahmen genügen vollauf, um allfällige missbräuchliche Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz zu verhindern.

Im Vergleich zu den EU-Mitgliedstaaten und zu den anderen EFTA-Staaten agiert die Schweizer Politik in Sachen EU-Erweiterung zögerlich und defensiv. Wir sollten vielmehr auch die Chancen der Öffnung erkennen und aktiv nutzen. Denn die schweizerische Volkswirtschaft wird von einer Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Länder per Saldo profitieren. Und die bilateralen Verträge mit unserem wichtigsten Wirtschaftspartner, der EU, insgesamt aufs Spiel zu setzen, wäre geradezu verantwortungslos.

Dr. Rudolf Ramsauer ist Vorsitzender und Gregor Kündig Mitglied der Geschäftsleitung von *economiesuisse*.